

Announce
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Strelitz,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 278.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 19. April. Der König hat in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Remscheid getroffenen Wahl den seitherigen unbesoldeten Beigeordneten dieser Stadt, Kaufmann Bah, in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtszeit, und den Rentner Cleff dagegen als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Remscheid für die gesetzliche Amtszeit von sechs Jahren bestätigt.

Der erste ordentliche Lehrer Markull an dem königl. Gymnasium zu Danzig ist zum Oberlehrer befördert worden.

Im Riesort der allgemeinen Bauverwaltung sind vereinbart worden: die Kreis-Bauinspektoren Wertens von Schleusingen nach Lehr, Hehl von Birnbaum nach Schleusingen, Kroone von Neuhausen nach Birnbaum und der Wasser-Bauinspektor Jacob zu Posen als Kreis-Bauinspektor nach Neuhausen.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung.

Berlin, 19. April. 11 Uhr. Am Ministerium von Gosler und zahlreiche Kommissarien.

Auf der Tagesordnung stehen heute lediglich mehrere Petitionsberichte.

Die Petition der Mitglieder des Bedmar-Meliorationsverbandes in Aukallen wegen Erlass der Zinsen eines vom Staate erhaltenen Darlehns wird durch Tagesordnung erledigt; ebenso eine Petition des Gutsbesitzers Wagenbichler zu Lüd wegen Gefährdung seines Torsbruches durch Feuer in Folge des Betriebes der denjenigen durchschneidenden Ostbahn.

Der Vorstand des westfälischen Städtebundes bittet angesichts der finanziellen Bedrängnis und der Notlage aller Kommunen das Abgeordnetenhaus, geneigter dahin wirken zu wollen, daß baldigst mindestens die Hälfte der Gebäudesteuer den Gemeinden und die Hälfte der Grundsteuer den Provinzen überwiesen und daß den Gemeinden für die ihnen im Interesse des Staates überwiesenen Aufgaben und auferlegten Geschäfte eine angemessene Entschädigung aus Staatsmitteln gewährt werde.

Das Haus tritt ohne Debatte dem Antrage der Gemeindekommission bei: In Erwägung, daß die wiederholte von der königlichen Staatsregierung anerkannte Notwendigkeit des Erlasses eines Gemeindesteuergesetzes nach wie vor besteht, die Petition des Städtebundes der königlichen Regierung als Material bei der Bearbeitung eines Gesetzentwurfs über die Kommunalbesteuerung zu überweisen.

Die Kirchen- und Schulvorsteher zu Münchendorf (Regierungsbezirk Stettin) beschweren sich darüber, daß der Unterricht in weiblichen Handarbeiten in den Landsschulen obligatorisch gemacht sei und bitten, denselben facultativ zu machen. Dem Kommissionsantrage gemäß wird der Übergang zur Tagesordnung beschlossen; ein Gleichtes geschieht bezüglich der Petition des Pfarrers Philipp zu Neuwied, der sich dagegen wendet, daß seine lediglich für Ausländer bestimmte Erziehungsanstalt der staatlichen Beaufsichtigung unterworfen sei.

Eine Anzahl Bürger der Stadtgemeinde Siegen, Regierungsbezirk Arnsberg in Westfalen, beschwert sich darüber, daß die königliche Regierung, obgleich bis dahin zur Erbringung der Schulsteuer nur die Klassen- und Einkommenssteuer herangezogen worden, vom Jahre 1880 bis 1882 die gleichmäßige Heranziehung der Grund-, Gebäude- und stehenden Gewerbesteuer verfügt habe. Die Beschwerdegefühle sind durch Regierungsbefehl vom 13. November 1879 und durch Ministerialerlaß vom 3. Juni 1880 abgewiesen worden.

Die Kommission beantragt: die Petition der Staatsregierung zur Erwägung dahin zu überweisen, ob nicht die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern u. einem geringeren Prozentsatz als die Personalsteuern als Unterlage für die Vertheilung der Schulsteuer heranzuziehen sein würden.

Das Haus tritt diesem Antrage bei.

Der Gutsbesitzer Maćkowinski und Gen. zu Czarnikau beschweren sich darüber, daß dem Mansionar Gronkowski nicht die Leitung des Religionsunterrichts übertragen worden sei. Die Unterrichtskommission beantragt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Laueinstein will dieselbe durch Übergang zur Tagesordnung erledigen. Der Mansionar Gronkowski habe sich staatsgefährlicher national polnischer Agitationen und ganz unbegründeter Denunziationen gegen die den katholischen Unterricht erziehenden Lehrer schuldig gemacht und dadurch das Vertrauen der Behörden wie der Lehrer verloren. Seine Wiederzulassung zur Leitung des Religionsunterrichts sei deshalb nicht zu billigen.

Abg. Langenhans konstatiert, daß die Regierung selbst über die angeblichen Denunziationen hinwegsehen und gegen die Unterrichtsleitung durch den Mansionar nichts einwenden wolle, falls er sich politisch bessere. Es bleibe also nur die politische Tätigkeit des Geistlichen übrig. Diese aber sei keinem Staatsbürger zu verwehren. Der Kommissionsantrag sei also vollkommen gerechtfertigt.

Nachdem noch Abg. Kantak und Referent Abg. Bierling den Kommissionsantrag vertheidigt, Regierungskommissar Geh. Rath Esser jedoch den Übergang zur Tagesordnung empfohlen, weil die Regierung die Qualifikation des Mansionars Gronkowski zweifeln müsse, und Abgeordneter Hammacher in demselben Sinne plädiert, geht das Haus über die Petition zur Tagesordnung hinweg.

Über die Petition der Schriftstellers Diener und Genossen in Angermünde wegen schleunigster Ablösung der Abbederei, Zwangs- und Bannberechtigungen geht das Haus zur Tagesordnung über.

Mehrere Petitionen von Lehrern um Verbesserung des Einkommens der älteren ländlichen Lehrer sind durch den am 8. März 1882 gefassten Beschluß: „unter Hinweis auf die früher bereits gepflogenen Verhandlungen und gestellten Anträge, die königliche Regierung aufzufordern, nunmehr baldigst ein Lehrer-Dotationsgesetz für die Volkschulen dem Landtage vorzulegen, oder falls dieses sich nicht in kürzerer Frist ermöglichen lassen sollte, eine gesetzliche Regelung und Erhöhung der Alters- und Emeritenzulage für Elementarlehrer herbeizuführen“ erledigt.

Die Bezirkskommission des Regierungsbezirks Aachen hatte in ihren Sitzungen den Sach aufgestellt, daß zu denjenigen „auf dem Grundbesitz ruhenden Lasten und Steuern“, welche nach dem Schlussfazit des § 28 des Gesetzes vom 1. Mai 1851 bei Berechnung eines steuerpflie-

Donnerstag, 20. April.

Unter der 20. Pf. die schärfsgesetzte Petition über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

tigen Einkommens in Abzug zu bringen sind, auch die zur Besteitung von Kommunal-, Kreis- und Provinzialbedürfnissen zu erhebenden, den Grundbesitzer treffenden Abgaben zu rechnen seien. Der Finanzminister nahm daraus Veranlassung, in einem Resscript d. d. 25. Januar 1880 auszuführen, daß das Wort „Steuern“ nach dem gesetzlichen Sprachgebrauche nur Abgaben bezeichnen könne, welche zur Besteitung der Staatsbedürfnisse vermöge des Besteuerungsrechtes als eines Hoheitsrechtes des Staates erhoben werden.

Die Petenten, Landrat Janssen, Freiherr v. Geyr und die übrigen Mitglieder der genannten Bezirkskommission, mit Ausnahme des Vorsitzenden derselben, sowie mehrere Mitglieder der übrigen rheinischen Bezirkskommissionen und des rheinischen Provinziallandtages, rufen nun die Entscheidung der Landesvertretung an und beantragen: Das Haus der Abgeordneten wolle im Interesse sowohl der kläger- wie der ein kommenstuerpflichtigen Land- und Haushalter ihre Interpretation des Schlussfazit des § 28 des Gesetzes vom 1. Mai 1851 gutheißen und die Petition der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung überweisen, damit für die Folge neben der Staatssteuer auch alle den Grundbesitzer treffenden Kreis- und Gemeindesteuern bei Berechnung eines steuerpfliechten Einkommens in Abzug gebracht werden.

Die Kommission beantragt, diese Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Gegen diesen Antrag sprechen sich die Abgeordneten v. Nauchhaup und Grumbrecht aus; man könne die betreffende Gesetzesstelle nicht dahin verstehen, daß unter den auf dem Grundbesitz ruhenden Lasten und Steuern auch kommunale Steuern begriffen seien; deshalb beantragen die Redner, die Petition der Regierung zur Erwaltung zu überweisen.

Nachdem noch die Abgeordneten Laueinstein, Rökerath und Janssen für den Antrag der Kommission eingetreten, wird der selbe mit großer Mehrheit angenommen.

Eine Petition von Geistlichen und Kirchenbeamten der Gemeinde Waldenburg betreffend die Entschädigung für den Aussall von Stolzgebühren wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Petition mehrerer schleswigischer Grundbesitzer um Änderung der schleswigschen Wasserlösungsordnung wird der Staatsregierung zur Erwägung überwiesen.

Die Petitionen der Hauswirthe Hiestermann in Hiest und Benzborn in Melleborn (Hannover) wegen anderweitiger Vertheilung der Schülafesten und der Kuratoren der Elementarlehrer Wittwen- und Witwentaße für die Provinz Hannover wegen Zahlung der einmaligen Beiträge bei Gehaltsaufbesserungen der Kaffen-Mitglieder werden durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Schluss 3½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen: Eisenbahn-Nachtragsetat; Sekundärbahnen.)

Politische Uebersicht.

Posen, den 20. April.

Es ist nicht allein der preußische Landtag, welcher durch die Einberufung des Reichstags in der ruhigen Erledigung seiner Geschäfte gestört wird, sondern auch andere Landtage, bei denen eine größere Anzahl von Mitgliedern zugleich dem Reichstag angehört, werden durch den Beginn der Reichstagsession in eine sehr schwierige Geschäftslage versetzt, so namentlich der bayrische und der badische, die noch mitten in der stärksten Arbeit sich befinden. Der preußische Landtag wird voraussichtlich seine Arbeiten dermaßen beschleunigen, daß er nur wenige Tage mit dem Reichstag konkurriert, und dieser Rücksicht auf die übergeordneten gesetzgeberischen Geschäfte des Reichs kann die Anerkennung nicht vermag werden. In früheren Jahren war die Bemerkung zu machen, daß andere Landtage eine ebenso große Rücksicht auf das Reich nicht nahmen wie der preußische, dem allerdings die Schwierigkeiten eines gleichzeitigen Tagens mit dem Reichstag besonders fühlbar werden. Wir möchten die Hoffnung aussprechen, daß in diesem Jahre auch andere Volksvertretungen, die eine erhebliche Anzahl von Reichstagsabgeordneten zu ihren Mitgliedern zählen, ihre Arbeiten aufs Neue beschleunigen, um die Reichsgesetzgebung ohne Hindernisse fungieren zu lassen. Es wird ohnehin nicht leicht sein, zu so vorgestrückter Jahreszeit immer einen beschlußfähigen Reichstag zusammen zu halten.

Wie die „National-Zeitung“ hört, hat Fürst Bismarck sich auch bis jetzt noch völlig schweigend gegenüber dem kirchenpolitischen Kompromiß verhalten; die übrigen Minister sind genötigt, weiter zunächst im Herrenhause, dessen Kommission heute ihre Berathungen beginnt, durchaus auf eigene Faust zu operieren. Trotz alledem wird von hervorragenden Mitgliedern aller Parteien des Abgeordnetenhauses mit dem Zustandekommen des Kompromisses als einer kaum zu bezweifelnden Thatatache gerechnet; und man ist überzeugt, daß das Zentrum, da es mit dem Monopol weder bezahlen will noch kann, sich bei der Berathung der sozialpolitischen Vorlagen im Reichstag erkenntlich zeigen, vor den Mängeln derselben ein Auge — und nötigenfalls auch beide — zu drücken wird.

Wie bereits telegraphisch erwähnt wurde, wird dem Landtage noch eine Vorlage über die Vertretung des Landesburgischen Landes-Kommunalverbands gemacht werden.

Seitens Bayerns ist beim Bundesrat beantragt worden, dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderung der Gewerbeordnung, folgende weitere Bestimmungen beizufügen:

I. Artikel 1a. An der Stelle des letzten Absatzes des § 30 der Gewerbeordnung treten folgende Bestimmungen: Gebammen bedürfen eines Prüfungszeugnisses der nach den Landesgesetzen zuständigen

Behörde. Auch können die Landesregierungen den Betrieb des Fußbodengewerbes von der Beibringung eines solchen Zeugnisses abhängig machen.

II. Artikel 6a. An Stelle des ersten Absatzes des § 53 der Gewerbeordnung treten folgende Bestimmungen: Die in dem § 29 bezeichneten Approbationen können von der Verwaltungsbehörde nur dann zurückgenommen werden, wenn die Unrichtigkeit der Nachweise dargethan wird, auf deren Grund solche ertheilt worden sind, oder wenn dem Inhaber der Approbation die Bürgerlichen Ehrenrechte erkannt worden sind, auf die Dauer dieser Anerkennung.

III. Artikel 7a. An Stelle der §§ 107 und 108 der G.-O. treten nachstehende Bestimmungen: § 107. Als gewerbliche Arbeiter dürfen, soweit reichsrechtlich nicht ein Anderes zugelassen ist, nur solche Personen beschäftigt werden, welche mit einem Arbeitsbuch versehen sind. Bei der Annahme solcher Arbeiter hat der Arbeitgeber das Arbeitsbuch einzufordern. Er ist verpflichtet, dasselbe zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses dem Arbeiter wieder auszuhändigen. Auf Kinder, welche zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind, finden vorstehende Bestimmungen keine Anwendung. § 108. Das Arbeitsbuch wird dem Arbeiter durch die Polizeibehörde dessen Ortes, an welchem er zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat, wenn aber ein solcher im Gebiete des deutschen Reiches nicht stattgefunden hat, von der Polizeibehörde des von ihm zuerst erwählten deutschen Arbeitsort kosten- und stempelfrei ausgestellt. Die Ausstellung erfolgt bei minderjährigen Arbeitern auf Antrag oder mit Zustimmung des Vaters oder Vormundes; ist die Erklärung des Vaters nicht zu beschaffen, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung des selben ergänzen. Vor der Ausstellung ist nachzuweisen, daß der Arbeiter zum Besuch der Volksschule nicht mehr verpflichtet ist, und glaubhaft zu machen, daß bisher ein Arbeitsbuch für ihn noch nicht ausgestellt war.“

In der Begründung wird ad I. hervorgehoben, daß über den Pferdebeflag die Klägen allgemein sind. Wenigstens 50 p.C. der der Remonten-Inspektion in Bayern vorgeführten Pferde haben nicht erworben werden können, weil sich in Folge falschen Beschlagens fehlerhafte Hufe zeigten. Bei der Vorprüfung des Pferdebestandes seitens der Militär-Kommission im Jahre 1878 waren nur 17 p.C. der Pferde kriegsbrauchbar. Seit Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen über eine gründliche Fachausbildung ist die Frequenz der betreffenden Lehranstalten rapide gesunken. Ad II. wird bemerkt, daß die Bestimmung der Gewerbeordnung, wonach die Approbationen der Apotheker und Aerzte zurückgenommen werden können, wenn die Unrichtigkeit der geführten Nachweise, auf Grund deren solche ertheilt werden, dargethan wird, sich als ungerechtfertigt erwiesen habe. Es sei eine entsprechende Vorsorge auch für die Fälle zu treffen, wo jene Personen einer schweren Verlezung ihrer Berufspflichten sich schuldig gemacht haben, während sie bisher nach Verbübung der Strafe ihre frühere Funktionen wieder ausüben können. Ad III. endlich wird gesagt, die Bestimmungen über die Arbeitsschüler erwiesen sich zwar als sehr wohlthätig, bedürften jedoch der Ausdehnung durch Beseitigung der Altersgrenze. Die vorgeschlagene Änderung enthalte darüber eine Bestimmung, welche Behörde Ausländern, die bisher in Deutschland noch nicht beschäftigt waren, das Arbeitsbuch auszutellen habe. In Bayern sei es wiederholt vorgekommen, daß Tiroler Arbeitern, die in Bayern Beschäftigung finden, die Arbeitsbücher nach dem deutschen Formular von den österreichischen Behörden ausgestellt wurden.

Aus Konstantinopel wird der „N. Z.“ geschrieben: „Vor etwa sechs Wochen wurde seitens des Sultans der deutschen Regierung der Wunsch nahe gelegt, eine Anzahl deutscher Generalstabsoffiziere zu dem Zwecke, als Instrukteure der türkischen Armee zu dienen, behufs zeitweiligen Eintritts in diese zu beurlauben. Es scheint nicht, daß man hierzu in Berlin viel Neigung besaß; indeß ist der Wunsch des Sultans wohl auch nicht in solcher Form ausgedrückt worden, daß eine direkte Antwort, welche vermutlich verneinend gelautet hätte, nötig gewesen wäre; die Anregung scheint unter gelegentlichen Erörterungen darüber, ob die Instrukteure und die zu instruirenden Truppen sich gegenseitig würden verständlich machen können, zu Boden gefallen zu sein. Als positives Ergebnis derselben dürfte aber eine Erklärung der deutschen Regierung übrig geblieben sein, falls eine Anzahl inaktivierter Offiziere zu dem bezeichneten Zwecke in die türkische Armee einzutreten bereit sei, würde dem kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Dadurch dürfte, falls das Nicht-eingehen auf den ursprünglichen türkischen Wunsch die förderten Beziehungen zwischen Konstantinopel und Berlin vorübergehend ein wenig beeinträchtigt haben sollte, diese Trübung wieder be seitigt sein.“

In dem Bierer-Ausschuß der ungarischen Delegation erklärte, nach einer telegraphischen Nachricht aus Wien vom 18. d. M., der Reichsfinanzminister v. Szlavny, bezüglich der Ursachen des Aufstandes sei vor Allem hervorzuheben, daß die an eine zügellose Lebensweise gewöhnte Bevölkerung sich in geordnete Verhältnisse nicht fügen wolle. Der Aufstand sei nicht von auswärtigen Regierungen unterstützt, aber von einzelnen Komites und durch Proklamationen genährt worden, an denselben hätten sich auch nur die Mohamedaner und die griechisch-katholischen Christen, nicht aber die Katholiken beteiligt. Gefangene Mohamedaner hätten als Ursache der Insurrektion

die Einführung des Wehrgesetzes bezeichnet, während andere Gefangene anderweitige unbegründete Ursachen angegeben.

Der Budgetausschuss der Reichsrathss-Delegation berieb am 18. Abends den von der Regierung beanspruchten Kredit zur Befestigung des Insurrektionsgebietes. Der Kriegsminister machte ausführliche Mitteilungen über das Entstehen und Wachsen des Aufstandes, über die militärischen Operationen, welche zur Niederwerfung derselben gemacht wurden, betreffs der zu erbauenden Fortifikationen und erklärte, daß die Regierung im Interesse ihres Ansehens auf der Rekrutierungsverordnung bestehen müsse, wenn auch die Zahl der meist zum Führwesen dient bestimmten Rekruten eine sehr geringe sein werde. Der Reichsfinanzminister von Szlavay wiederholte sodann die von ihm in der vorigen Session abgegebenen Erklärungen bezüglich der politischen und administrativen Situation der okkupirten Provinzen, worauf der Antrag des Ausschusses auf Bewilligung des Kredits einstimmig angenommen wurde.

In dem Vierer-Ausschuß der ungarischen Delegation erklärte der Finanzminister Graf Szapary, die Bedeckung des außerordentlichen Kredits werde theilweise durch gemeinsame Aktiven erfolgen. Soweit diese nicht ausreichen, werde der Rest in der üblichen Weise bedeckt, indem die Entscheidung der Parlamente darüber eingeholt werden. Der Ausschuss nahm den Antrag des Referenten an, wonach 21,700,000 Fl. mit dem Zusatz bewilligt worden, daß hiervom 5,699,000 Fl. zu Fortifikationen und zu Straßenbauten zu verwenden seien. Im Laufe der Debatte motivirte der Kriegsminister gegenüber der von den Delegirten Eber und Hegebus gesorderten Reduktion des Truppenstandes die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Truppenstandes auf weitere drei Monate, indem er versicherte, er werde bestrebt sein, mit den bewilligten Summen auszukommen. Der Delegirte Max Falk sprach sich gegen eine etwaige Errichtung einer neuen Militärgrenze aus.

Aus Petersburg gehen uns folgende telegraphische Mittheilungen vom 19. d. M. zu: Der "Regierungsanzeiger" enthält über die gegen die Juden gerichteten Ausschreitungen und über die sofort dagegen ergriffenen Maßregeln folgende Mittheilungen: In Veresnegowatovic und Bihunsk wurden in sieben jüdischen Häusern die Fenster eingeschlagen; der Gehilfe des Kreispolizeichefs wurde zur Herstellung der Ordnung abgesandt. In Dubosary brachen am 13. d. Nachts ebenfalls Unruhen aus, wobei Thüren und Fenster von Häusern jüdischer Besitzer und auch das Waarenlager eines jüdischen Kaufmanns demolirt wurden. Sechs Verwundungen durch Steinwürfe sind vorgekommen, ein Jude ist tödtlich verletzt. Die Ruhe wurde noch in derselben Nacht durch die Polizei wiederhergestellt. In Letitschewo erneuerten sich am 13. d. die gegen die Juden gerichteten Unruhen; in drei Schänken dafelbst wurde der Vorwurf von Brandstiftung ausgegoßen, zwei Häuser fanden den darin befindlichen Gegenständen wurden zerstört, 40 Personen verhaftet, die Ruhe Nachts um 12 Uhr wieder hergestellt.

Aus Balta berichtet der Gouverneur, daß die Ordnung derselbst ebenfalls wiederhergestellt sei und daß die Läden und Handlungen nunmehr wieder in ihren früheren Zustand gebracht werden. Gegen 50 Protokolle seien aus Unfall der dortigen Unruhen aufgenommen und dem Friedensrichter zugestellt worden. Am 13. d. trafen in der Kolonie Dobroe mit Revolvern bewaffnete Individuen aus Nikolajew ein und beraubten die jüdischen Einwohner in Prossomikow. Bei der Arrestirung derselben durch Eisenbahngendarmen und Bahnharbeiter wurde ein Arbeiter Namens Kowtanow am Kopfe verwundet. Ein Pole, Namens Olschewski, ein türkischer Unterthan, Namens Feldmann und ein Jude Namens Balanowsky wurden festgenommen und nach Nikolajew zur Untersuchung abgeführt, um dem Kriegsgericht übergeben zu werden.

In Karpowitsch begannen die Unruhen am 12. d. M. Ein Haufe von ca. 200 betrunkenen Bauern zerstörte die im Dörre befindliche Schänke, sowie das Haus und den Laden des jüdischen Einwohners Kahan. Das Inventar wurde theils vernichtet, theils gestohlen. Der Schaden wird auf 4000 Rubel angegeben. Mit Hilfe aus anderen Orten herangezogener Bauern wurde Nachts die Ruhe wiederhergestellt. In der Nacht vom 14. zum 15. d. erneuerten sich indessen die Unruhen mit verstärkter Kraft. Ein Volkshaus versuchte das Besitzthum Kahan's zu zerstören, wurde jedoch durch rechtzeitiges Einschreiten der Polizei daran verhindert. Hierbei wurden sechs der Rädelsführer verhaftet. Zwei aus Nowosybkow herangezogene Kompanien Soldaten stellten alsbald die Ordnung wieder her. Weitere Verhaftungen wurden vorgenommen; die Untersuchungen werden energisch betrieben. Um weiteren Exzessen vorzubeugen, sind die erforderlichen Maßregeln ergriffen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 19. April. [Das kirchenpolitische Kompromiß. Die hannoversche Kreisordnung. Die Affaire Eckardt.] Wenn die Ankündigungen, daß jede etwa seitens des Herrenhauses vorzunehmende Abänderung des kirchenpolitischen Kompromisses dieses gefährde, wie sie sich in liberalen Blättern finden, nicht vom Zentrum indirekt veranlaßt sind, so dienen sie doch so vortrefflich den Zwecken derselben, daß sie recht wohl von dieser Seite stammen könnten. Die Herren Windthorst und Genossen werden es sich in Wahrheit ein paarmal überlegen, bevor sie das ihnen so wertvolle Gesetz etwa daran scheitern lassen, daß das Herrenhaus — resp. durch dessen Vermittelung der Kultusminister — die Dauer der zu erneuernden diskretionären Vollmachten des Juligesetzes statt bis zum 1. April 1883 ein oder zwei Jahre länger bemisst, oder am Wortlaut des Bischofsparagraphen eine Fassungsänderung vornimmt. Nur die Wiederherstellung der Art. 4 und 5 des ursprünglichen Entwurfes durch das Herrenhaus könnte das Kompromiß für das Zentrum wirklich unan-

nehmbar machen und eben deshalb ist auf Seiten der hochkonservativen und guvernementalen Elementen des Herrenhauses von der Wiederherstellung dieser Artikel keine Rede; über die Geltungsdauer der vorjährigen Vollmachten aber wird das Zentrum nöthigenfalls mit sich handeln lassen — vielleicht schließt man über die Forderung einjähriger und dreijähriger Dauer ein neues Kompromiß auf zweijährige —, und was den Bischofs-Paragraphen angeht, so hat Herr Windthorst bekanntlich erklärt, das Zentrum würde denselben 1880 sogar in der ursprünglichen Fassung der Regierung angenommen haben, welche aber damals in der eventuellen Abstimmung von der Majorität durch Einführung der Anzeigepflicht geändert wurde. Also die Gefahr, daß das Kompromiß durch die bescheidenen Abänderungs-Velleitungen der Herrenhaus-Kommission bedroht werden könnte, ist äußerst gering. Nach wie vor ist an der, von uns beständig betonten Auffassung festzuhalten, daß das Kompromiß zu Stande kommt, weil es der richtige Ausdruck der inneren politischen Lage ist, welche sich darin resumirt, daß die Regierung und das Zentrum sich verständigen wollen, wegen der Verschiedenheit der beiderseitigen Ziele damit aber nur sehr langsam vorwärts kommen. Dem entspricht durchaus einerseits die Tragweite des kirchenpolitischen Kompromisses, andererseits wird dieser Lage der Dinge das nicht sehr große, aber immerhin für die Regierung wertvolle Maß von Entgegenkommen entsprechen, welches das Zentrum ihr im Reichstage erweisen wird. — Herr v. Puttkamer findet mit seinen Bemühungen, trotz der bedrängten Geschäftslage des Abgeordnetenhauses doch noch die hannoversche Kreisordnung — sogar unter Verzicht auf die berühmten „Übergangsbestimmungen“ — zu Stande zu bringen, nur Unterstützung bei den Liberalen aus Hannover, welche die Abgrenzung der Kreise und die Stellung der Städte, wie sie in den Beschlüssen der Kommission festgesetzt ist, in Sicherheit bringen wollen. Dagegen interessiert man sich unter den übrigen Liberalen wenig für eine Kreisordnung, in welcher die ehrenamtlichen Amtsvertreter fehlen; die Konservativen stehen, wenngleich aus anderen Gründen, auf demselben Standpunkt, und das Zentrum folgt Herrn Windthorst, welcher in Hannover möglichst Alles beim Alten zu lassen wünscht. Unter solchen Umständen ist anzunehmen, daß das Beispiel des Verzichts auf eines der bedeutamsten Ämter des Selfgovernments, wie dieses in der Kreisordnung von 1873 begründet worden, zunächst nicht gegeben werden wird. — Die Angelegenheit des Hamburger Senats-Sekretärs Eckardt wurde heute auch im Abgeordnetenhaus lebhaft besprochen, und zwar vielfach in dem Sinne, daß der Vorfall sehr dazu angethan sei, das Bestehen besonderer diplomatischer Beziehungen durch Gesandte zwischen dem Auslande und einzelnen Bundesstaaten einer erneuten Erwähnung im Reichstage zu unterziehen. Allerdings kann man sich nicht vorstellen, daß auf Unterstützung der auf Abstimmung dieser Anomalie gerichteten Bestrebungen durch den Reichskanzler so lange nicht zu rechnen ist, als die meisten Bundesstaaten, welche an dem Gesetzesvorhaben noch Interesse haben, sich in Fragen wie die — des Tabakmonopols so willig erweisen, wie bisher. Dafür wird der Partikularismus ein wenig geschont.

K. Breslau, 18. April. [Liberale Festigung. Herr v. Schönerr. Bauernverein für Mittel- und Niederschlesien.] Das Projekt eines liberalen Parteitages für Schlesien ist schon seit der letzten Wahlzeit auf Anregung des liberalen Wahlvereins in Liegnitz ventiliert worden. Das selbständige Vorgehen jeder einzelnen liberalen Schattirung trat besonders im Regierungsbezirk gl. A. bei der Reichstagswahl so entschieden hervor, daß der Gedanke an eine Vereinigung der liberalen Interessen vorerst fallen gelassen wurde. Die Nachwahlen und besonders auch die Neuwahl für Dr. Falk im Lüben-Bunzlauer Kreise haben die Notwendigkeit eines Zusammengehens der liberalen Schattirungen wieder schärfer hervortreten lassen und die jüngste Anwesenheit des Abgeordneten Dr. Lasker in Liegnitz, der dort wie in Brieg und Breslau außerordentlich begeisterte Aufnahme fand, hat zu dem Beschlusse geführt, die Abhaltung eines schlesischen liberalen Parteitages in nächster Zeit als für die Interessen der Partei sehr wünschenswert zu bezeichnen. Der Vorstand des liberalen Wahlvereins in Liegnitz, dem u. A. die Abgg. Gringuth und Seyffarth angehören, will für den Fall, daß Liegnitz zum Versammlungsort bestimmt wird, die Vorarbeiten übernehmen. Der Parteitag soll jedenfalls erst nach dem 6. Mai, dem Berliner Parteitag, stattfinden. — Der deutsch-österreichische Patriot Ritter v. Schönerr, der kürlich vergebens versucht hat, in Wien Stimmung für die Ideale der Herren Stöcker und Henrici zu machen, war so freundlich, in diesen Tagen auf der Durchreise nach Berlin, wo er mit unseren nationalen zollpolitischen Schwärzern Anknüpfungsversuche zu machen gedenkt, auch in Breslau vorzusprechen. Wie er sich hiesigen Freunden gegenüber äußerte, geht das Werben des Herrn von Schönerr auf die Annahme einer zollpolitischen Einigung unseres Reiches mit Österreich, im Sinne des Nationalökonomie-List. Von wirklichen Werthe speziell für unsere Provinz scheint von den Bemühungen des Herrn nur die um die Ausführung des Donau-Oder-Kanals zu sein, des alten Lieblingsprojekts unserer ober-schlesischen Montanindustriellen. — Die rüstige und von großem Erfolg begleitete Agitation des Freiherrn v. Hüne für die Gründung eines Bauernvereins in Ober-schlesien hat auch Nachfolge hier in Breslau gefunden, wo vor Kurzem eine ähnliche Institution für Mittel- und Niederschlesien inauguriert wurde. Der Erfolg ist hier aber noch zweifelhaft, da bisher keine rechte Einigung erzielt werden konnte und die feste Begründung eines geschlossenen Ganzen noch aussteht. Bis jetzt haben sich die Freunde der gedachten Organisation noch in zwei Lager gespalten; es fehlt aber in Mittel- und Niederschlesien das Band, welches den oberschlesischen Bauernverein so fest gekittet hat, die gemeinsame (katholische) Konfession, und ferner ist in den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz der kleinere Grundbesitz zu wenig in den Händen eigentlicher Bauern. In einer sehr

schwach besuchten Generalversammlung, welche am Sonntag hier selbst stattfand, wurde eine Kommission gewählt, die eine Einigkeit herbeiführen soll, damit nicht wirklich zwei verschiedene Vereine definitiv konstituiert werden, die beide ein und dasselbe Ziel verfolgen, nämlich die Hebung des Kredits des kleinen bürgerlichen Grundbesitzes.

Stadtverordnetenstück

am 19. April.

In der Sitzung, welche unter Vorsitz des Geheimen Kommerien-Raths Jaszewski stattfand, waren die Stadtverordneten Gerhardt, Dr. Buski, Dr. Symanski, Dr. Lebinski, von Jaszewski, Klemme, Ad. Kantorowicz, Manheimer, Rosenfeld, Herz, Jacobi, Rostel, Ziegler, Fontane, Lissner, Czapski, Brodnicki, Dr. Friedländer, Kirsten anwesend. Der Magistrat war durch den Bürgermeister Herse und die Stadträthe von Chlebowksi, Schmidt, Dr. Loppe und Grüder vertreten. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende der Versammlung davon Mittheilung, daß ein von der Stadtgemeinde gegen die katholische Pfarre zu Glücksburg angestrengter Prozeß zu Ungunsten der Stadt entschieden worden ist. Ferner wurde der Versammlung von einem die Aufnahme der Berufs-Statistik und die dadurch erwachsenden Kosten betreffenden Schreiben des statistischen Büros seitens des Magistrats Kenntnis gegeben und eine die Kosten-Angelegenheit betrifftende Vorlage in Aussicht gestellt. Außerdem wurden eine Nachweisung der Beträge, welche bei Tit. XIII. ad 2 des Kämmerer-Stats im Monat März verausgabt sind, und ein Bericht über die Ausführung der Beschlüsse, welche seitens der Stadtverordneten-Versammlung im Laufe eines Quartals gefaßt sind, zur Einsichtnahme ausgelegt. Die Sitzungs-Protokolle werden nach Mittheilung des Vorsitzenden im Laufe dieses Quartals durch die Stadtverordneten Lange, Lissner, Braunsbach, Dr. Buski und Ad. Kantorowicz verifiziert werden.

Es wurde dann in die Tagesordnung eingetreten und zunächst die Beratung über Einführung eines Ortsstatut's betreffend die Quartierleistung für die bemaßnete Macht wegen Abwesenheit des Referenten verlagert. — Die Legung eines Wasserrohrs und Anbringung von Hydranten in der Artillerie- und Wallstraße soll nach Vereinbarung des Magistrats mit den Festungs-Behörden in der Weise stattfinden, daß von den auf 4000 M. veranschlagten Kosten nur 1866 M. durch die Stadtgemeinde getragen werden, während der Militär-Risikus den Rest übernimmt. Die Rohrleitung bleibt Eigentum der Stadt. Auf Antrag des Referenten, Stadtv. Manheimer, genehmigte die Versammlung dieses Abstums. — Der dritte Beratungsgegenstand betreffend die Wahl eines Waisenrates wurde zur nochmaligen Information an die Wahl-Kommision zurückverwiesen. — Neben die Erwerbung dreier auf den städtischen Grundstücken Altstadt Nr. 282 bis 285 eingetragenen Hypotheken-Kapitalen im Gesamtbetrage von 24,600 M. für die städtische Sparkasse berichtet Stadtverordneter von Jaszewski. Nach langer Debatte, an welcher sich die Stadtverordneten Herz, Klemme, Brodnicki und Manheimer sowie Bürgermeister Herse beteiligten, wurde dem Antrage des Referenten gemäß, die im Allgemeinen für die Erwerbung von Hypotheken geforderten Voraussetzungen auch bei den bezeichneten Grundstücken vorhanden sind. — Die Erwerbung einer in die Topfgräße des Grundstücks Nr. 2 dasselbst zum Preise von 200 M. wird auf Antrag des Referenten Stadtv. Kirsten, bewilligt. — Ebenso genehmigt die Versammlung auf Antrag des Vorsitzenden die Niederlassung des Handlungshelfers Rudolf Posner. — Die Rechnungen der ersten und zweiten Stadtschule pro 1880/81 wurden auf Antrag des Referenten der Finanz-Kommision, Stadtverordneter Rostel, von der Versammlung dechirgiert. Derselbe sprach bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, daß der Magistrat die Rektoren von der Verpflichtung, die Anlieferung der Brenn-Materialien zu kontrolliren, für die Folge befreien möge, sowie ferner, daß die Heraübernahme von unerledigten Rechnungen aus einem Etatsjahr in das andere thunlich vermieden werde. — Ferner berichtet Stadtverordneter Rostel über den Antrag des Magistrats, betreffend die Annahme eines Bureau-Diäters für die Gasanstalt pro 1882/83. Die beabsichtigte Vereinigung der Käfe der Gas- und Wasserwerke mit der Kämmererkasse ist nicht ausführbar gewesen, weil die Verlegung der Steuerkäfe nach dem Franziskanerkloster wegen Benutzung der in dem letzteren disponiblen Räume zu Schulzwecken noch nicht stattfinden kann, und es in dem Rathause an Raum mangelt. Was die erforderlichen Schulräume anbelangt, so hat es der Justizminister abgelehnt, die Räume in dem alten Appellationsgericht der Stadtgemeinde auf die Dauer von zwei Jahren zu vermieten, und es muß daher bis zur Bollendung des in Aussicht genommenen neuen Schulgebäudes das Franziskanerkloster in Benutzung genommen werden. Auf Anfrage des Stadtverordneten Kantorowicz stellt Stadtbaurath Grüder für die nächste Sitzung eine Vorlage über den beabsichtigten Schulhausbau in Aussicht. Dem Antrage des Referenten gemäß bewilligte die Versammlung in Berücksichtigung der Sachlage die geforderten Kosten. — Auf Grund einer von dem Magistrat ertheilten Auskunft betreffend die Veräußerung von Pfandbriefen aus dem Depositalfonds und nach einer hierzu gegebenen Erläuterung des Bürgermeisters Herse beschloß die Versammlung auf Antrag des Referenten Kantorowicz, den Magistrat zu ersuchen, für den Erlös wieder Pfandbriefe anzuzeigen. — Die Rechnungen über das Feuerlöschwesen und den Reservefonds der Sparkasse pro 1880/81, ferner über die Pfandleihfassen-Verwaltung pro 1879/80 und den Reservefonds der Pfandleihfasse pro 1880/81, über die Mittel- und Bürgerschule pro 1880/81 wurden den Anträgen der betreffenden Referenten gemäß dechirgiert. — Als Mitglied des Waisenrates wird auf Antrag des Referenten, Stadtv. Ziegler, Herr A. an Stelle des Herrn Nikiewicz gemäß. — Ueber die Bewilligung einer Subvention von 300 M. für die Fortbildungsschule des Handwerkervereins berichtet namens der Finanz-Kommision Stadtv. Czapski. Die Subvention wird dem Vorschlage des Magistrats gemäß für das laufende Jahr bewilligt. — Demnächst referierte Stadtv. Klemme über ein von dem Magistrat entworfenes neues Ortsstatut betreffend die Besteuerung öffentlicher Lustbarkeiten. Während bisher nur für Tanz-Lustbarkeiten eine Steuer von 50 Pf. bis zu 3 M. je nach der Dauer, erhoben wurde, sollen jetzt auch musikalisch-dramatische Vorträge (Singtanz) und theatralische Lustbarkeiten, auch von Dilettanten, soweit sie gegen Entrée und nicht zu wohltätigem Zwecken stattfinden, ferner Karousells, Schaubuden, Seitläufer- und Kunstreiter-Vorstellungen und dergl. nach einem bestimmten Tarif befreit werden. Die Anregung zu dieser Maßnahme, welche eine Beschränkung der Lustbarkeiten bewirkt, ist von dem Minister ausgegangen. Die Versammlung lehnte die von den Stadtverordneten Jakobi und Dr. Friedländer beantragte Verweisung der Vorlage an eine Kommission ab und genehmigte das vorgeschlagene Statut. — Für die Realschule wurde auf Antrag des Stadtv. Herz, welcher namens der Schul-Kommision berichtete, eine Hilfslehrkraft bewilligt, welche durch die Theilung der Unter-Tertia in zwei Göten nötig geworden ist. — Der von der Stadtgemeinde wegen der Modalitäten der Rückzahlung des aus dem Reichs-Invaliden-Fonds entnommenen Darlehen gegen den Reichsfiskus angestrengte Prozeß ist auch in weiterer Anfang zu Ungunsten der Klägerin entschieden worden. Auf Antrag des Referenten der Rechts-Kommision, Stadtverordneter von Jaszewski nahm die Versammlung von der Berufung an das Reichsgericht Abstand. — Ein während der Sitzung eingegangener Antrag der Stadtverordneten Fontane, Kirsten, Dr. Fried-

Länder, Kleine und anderer, den Beginn der Stadtverordneten-Sitzungen auf eine spätere Stunde, frühestens auf 6 Uhr zu verlegen, soll in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung kommen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 20. April.

— Auswanderung russischer Juden. Am 16. d. Mts. kamen, wie der „Kur. Posen.“ berichtet, 247 jüdische Auswanderer aus Russland nach Lemberg, von wo aus sie ihre Reise nach Amerika fortsetzen. Auch in Galizien sollen sich schon mehrere tausend jüdische Emigranten aus Russland niedergelassen haben.

— Posen in Galizien. Unter den 20,000 Ausländern, welche sich in Galizien aufhalten, befinden sich nach einem Bericht des „Kur. Posen.“ nicht weniger als 3753 Personen aus der Provinz Posen.

Bemerktes.

* Diebstahl auf der Reichsbank. Viel von sich reden macht ein Vorfall auf der Reichsbank in Berlin, wo einem Boten der Diskonto-Gesellschaft, der gestern gegen einen Cheque 300,000 Mark erhoben und dieselben in 15 Paketen à 20,000 M. ausgezahlt erhalten hatte, während des Nachzählens eines dieser Pakete von 20,000 Mark vom Kassier gestohlen worden ist. Es macht dies um so mehr Aufsehen, da nun erst erkannt wurde, dass ein ähnlicher Diebstahl im Vorjahr der Reichsbank während weniger Wochen nun bereits zum dritten Male vorgekommen ist. Es lässt dies, wie die „Börs.-Ztg.“ bemerkt, den Schluss zu, dass Diebe voraussichtlich unter der Maske von Kassierboten dort sich Einlass zu verschaffen wissen und die Gelegenheit für Ausübung ihres Gewerbes wahrzunehmen wissen. Die Kriminalpolizei war auf allen Bahnhöfen sehr thätig, um den Dieb, von dem man annahm, dass er sofort Berlin verlassen werde, möglichst abzufangen. Es ist dies nicht gelungen.

* Fürstin Juriewskaja-Dolgornow, die Witwe des Kaisers Alexander II. von Russland, ist am Dienstag, den 18. d. M. Morgens mit ihrer Familie bestehend aus einem Knaben im Alter von 10 Jahren und zwei Mädchen im Alter von 7 bzw. 2 Jahren von Petersburg kommend, auf dem Ostbahnhof in Berlin eingetroffen. Die Fürstin hatte die Reise von der russischen Grenze bis Berlin in einem Schlafwagen der internationalen Schlafwagengesellschaft zurückgelegt, der nach dem Einlaufen des Zuges in den Ostbahnhof abgeschnitten und vor die königlichen Empfangszimmer geschoben wurde. Um die Kinder nach so langer Fahrt und zu so früher Stunde nicht im Schlaf zu tönen, verblieb die Fürstin bis 8 Uhr in dem Wagon. Inzwischen hatte sich der Reisemarschall der Fürstin, Oberst Doliniskij, welcher bereits vor mehreren Tagen in Berlin eingetroffen war, auf dem Bahnhof einfinden und geleitette, nachdem der Stationsvorsteher, Herr Fischer, die Königszimmer zum Empfang hergerichtet hatten, diefürstliche Familie in dieselben. Mit Hotel-Equipagen, deren Kutscher in tiefe Trauer gekleidet waren, begab sich dann die Fürstin samt Familie und Gefolge nach dem Hotel de Rome, wo selbst sie von dem Besitzer desselben, Herrn Mühlberg, empfangen und in die in Bereitschaft gehaltenen Salons geleitet wurde. In der Begleitung der Fürstin befindet sich die zwölfjährige Prinzessin Meschtcherska, eine nahe Verwandte der Fürstin, die Hofdame Generalin Schubert, ein Hauslehrer, zwei Gouvernanten u. s. w. Der Aufenthalt der Fürstin in Berlin wird sich auf drei Tage erstrecken. Die Fürstin, welche wie ihre ganze Umgebung tiefste Trauer trägt, ist eine hohe schlanke Gestalt mit fein geschnittenen Gesichtszügen, welche man ein Alter von 40 Jahren nicht ansieht. Von hier begibt sich diese direkt nach París. Von den Herren der russischen Botschaft war weder im Hotel, noch auf dem Bahnhof irgendemand zur Begrüßung erschienen.

Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 19. April. Se. Majestät der Kaiser ist heute Vormittag um 10 Uhr 20 Minuten im besten Wohlbefinden hier eingetroffen und am Bahnhofe von dem Regierungspräsidenten v. Burmb, dem Oberst v. Käyserling, dem Polizeidirektor v. Strauß und dem Oberbürgermeister Lanz empfangen worden. Vom Bahnhof aus begab sich Se. Majestät im offenen Wagen durch die festlich geschmückten Straßen nach dem Schloss, überall von der zahlreich herbeigeströmten Volksmenge mit enthusiastischen Zurufen begrüßt. Das Wetter ist prachtvoll.

Wiesbaden, 19. April. Großfürst Wladimir wird am Freitag zum Besuch der kaiserlichen Majestäten hier erwartet. Zu dem ersten medizinischen Kongresse, welcher heute unter dem Vorsitz des Professors Frerichs von Berlin hier zusammentritt, ist bereits eine große Zahl wissenschaftlicher Autoritäten aus Deutschland und dem Auslande eingetroffen.

Weimar, 19. April. Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Abend wohlbehalten hier eingetroffen.

Dresden, 19. April. Der König ist hierher zurückgekehrt und auf dem Bahnhofe vom Prinzen Georg und dessen Familie, den Ministern und der Generalität empfangen worden.

Wien, 19. April. Der Bierer-Ausschuss der ungarischen Delegation nahm in der Spezialberatung die Kredit-Vorlage unter Streichung eines Betrages von 2,033,000 Gulden an. Morgen Mittag wird eine kurze Plenarsitzung behufs Feststellung des Berichts des Referenten Baró abgehalten werden.

Wien, 19. April. Die nächste Plenarsitzung der österreichischen Delegation ist auf Sonnabend anberaumt. Heute Abend findet hier ein Ministerrath der ungarischen Minister statt, zu welchem sämtliche ungarischen Minister bis auf den Justizminister Pauler eingetroffen sind. Der Ministerrath wird sich mit den Differenzen bezüglich des Zolltarifs beschäftigen.

Der bisherige Administrator Loenhart in Karlsburg ist zum römisch-katholischen Bischof von Siebenbürgen ernannt worden.

Paris, 18. April. In dem heute Vormittag stattgehabten Ministerrathe gab der Ministerpräsident Freycinet ein Exposé über den Gesetzentwurf betreffend die Herstellung eines Binnenmeeres in Südtunis.

Paris, 19. April. Das „Journal officiel“ meldet die Ernennung d'Aubigny's, Unterdirektors für handelspolitische Streitfachen im Ministerium des Neukern, zum Botschaftsrath in Berlin.

London, 19. April. In der Zeche West-Stanley bei Darlington sind heute früh durch Explosion schlagender Wetter 20 Bergarbeiter getötet worden.

Rom, 19. April. Der neu ernannte preußische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, v. Schlozer, suchte heute bei dem Kardinal Staatssekretär Jacobini eine Audienz beim Papste nach, um demselben seine Kredite zu überreichen.

Petersburg, 19. April. General Swerjew ist zum Gehilfen des Generalinspekteurs des Ingenieurwesens ernannt.

Der neu ernannte französische Botschafter Jaurès ist gestern Abend hier eingetroffen.

Washington, 19. April. Der Präsident Arthur hat dem Kongress eine Botschaft zugehen lassen, in der er demselben die Frage der Zusammenberufung eines Kongresses der amerikanischen Staaten unterbreitet, welcher in Gemäßigkeit der im vorigen Jahre von dem Staatssekretär Blaine erlassenen Einladung den Zweck verfolge, Krieg zu verhindern.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinn-Liste der 1. Klasse 166. kgl. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 19. April. Bei der heute beendetenziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

88 94 (90) 146 66 214 460 67 78 (90) 86 513 (90) 34 51
612 19 21 64 77 751 850 62 1008 22 26 54 190 92 99 234
347 (120) 416 558 74 639 71 75 719 36 850 96 905 61.
2098 143 74 254 57 344 58 68 480 502 6 78 89 669 75 780
833 37 (120) 937. 3123 236 72 76 301 (120) 2 5 62 (120) 89
498 (120) 509 65 73 85 811 31 962 66. 4042 64 69 70 133
238 40 364 422 71 581 96 608 (150) 36 784 858 988 (90).
5002 38 109 24 34 67 215 84 94 (90) 307 406 506 96 (90)
603 27 (90) 31 70 (90) 83 710 83 882. 6106 92 204 50 95
389 452 98 (150) 517 88 640 (90) 729 30 58 97 862 918 (9000)
23 53 67. 7052 63 205 18 314 15 24 426 509 18 19 46 632
47 79 94 (150) 99 899 924 43 59 89. 8030 69 124 219 51 82
334 38 76 89 409 28 38 50 64 69 501 611 17 45 52 748 826
28 60 (90) 66 80 916 24. 9053 97 121 205 348 416 18 (150)
52 533 73 600 76 (90) 719 39 71 (150) 815 42 92 903 28
31 (90) 81.
10099 (90) 135 85 (90) 264 (150) 351 94 (120) 406 565
(90) 614 34 736 52 (150) 83 889 987 (180). 11067 (90) 68 78
129 232 324 25 71 84 464 522 41 91 773 97 950. 12016 48
(150) 68 108 (120) 54 98 241 321 32 94 403 78 95 506 20 47
771 95 800 (90) 51 74 87 (120). 13026 44 93 135 78 93 223 38
64 72 73 84 95 349 68 453 (120) 71 78 629 42 63 772 820
69 (120) 81 937 82 88. 14042 (120) 263 300 (90) 72 407 49
520 21 (150) 26 76 (180) 615 61 709 68 81 82 817 62 905 (120)
11 73 95. 15021 190 429 51 52 528 51 68 709 852 59 70 77.
16007 (90) 11 27 29 150 82 93 267 330 43 80 420 26 (120)
541 47 75 680 731 35 44 54 58 88 99 813 73 (90) 930 41.
17022 60 (90) 66 99 282 91 330 74 77 443 55 (90) 68 502 600
(120) 20 33 64 733 46 902 35 38 91. 18066 121 47 224 26 51
338 66 478 511 83 87 640 833 42 97 900 85. 19000 26 49
68 70 97 159 61 92 229 44 82 (120) 93 (90) 457 501 34 52 85
95 643 44 76 791 901 25 26.
20029 73 111 36 90 97 227 (90) 371 468 (90) 618 86 831
54 913. 21051 73 176 (120) 203 5 (120) 556 78 81 (150) 626
95 708 (120) 847 49 (120) 79 920. 22047 117 206 65 84 320
32 (150) 37 44 (90) 86 (90) 412 29 87 505 18 83 636 723 29 44
45 835 36 80 909 20. 23042 112 (90) 58 2 82 206 78 344 401
(90) 68 590 621 60 (120) 730 (200) 44 65 829 60 (90) 907 20
58. 24029 35 60 97 (90) 199 246 56 79 311 95 440 61 695
744 54 74 860 75 925 26 41. 25012 25 125 83 90 226 31 99
336 440 (90) 516 53 614 53 (90) 734 87 830 64 76 (150) 79
(90) 967. 26007 73 302 11 400 16 19 27 89 (90) 536 665 99
767 864 914 41 (90). 27071 97 98 156 58 229 55 392 473
509 91 98 (90) 649 740 88 809 52 63 65 85 923 36 (90). 28098
218 56 394 447 79 567 91 (90) 605 (200) 17 83 746 47 801
2 14 21 59 77 915 67. 29053 60 159 81 201 18 53 85 (90) 90
393 (90) 420 98 505 50 78 84 782 93 835 43 65.
30031 (90) 136 45 64 209 352 441 78 93 507 20 29 55 613
25 98 729 67 801 2 11 59 62 88 904 90. 31048 11 25 (90) 31
215 47 (120) 61 306 54 83 97 402 13 89 (90) 518 (90) 73 97 617
27 39 712 51 72 94 80 815 57 61 903 45 48. 32014 (90) 101 (90)
78 274 84 306 9 47 70 410 26 88 510 48 77 90 691 (300) 797
835 47 76 91 93 944 76. 33069 150 208 52 80 83 301 16 (90)
29 62 405 570 606 79 98 719 20 48 63 866 920. 34048 (90)
66 (120) 178 88 223 31 351 90 516 78 619 48 54 73 99 701
23 (90) 29 805 43 62 911 26. 35052 77 95 (150) 141 45 204
31 83 (90) 332 43 60 79 428 33 635 42 45 84 849 84 921 (90)
54 63 91 97. 36068 106 54 223 45 46 81 94 435 (90) 37 56
569 81 738 958. 37149 223 67 361 77 89 550 632 69 97 770
93 831 89. 38070 72 129 58 64 289 317 (90) 29 32 46 84 (3600)
439 58 69 70 504 56 90 661 66 728 68 79 97 801 (120) 27 69
87 (90). 39020 281 309 20 (120) 53 435 533 35 (90) 670 (120) 96
704 53 813 (150) 20 89 908 36 (90) 86 87.
40097 98 173 (150) 219 54 520 756 87 813 (120) 23 (90)
88 959. 41045 78 (90) 158 78 202 81 (90) 321 (150) 45 543
66 624 65 70 708 814 64 917 27 28 83. 42035 58 73 77 91
129 36 65 (120) 249 327 (90) 37 62 74 406 69 75 500 622
736 816 65 900 27 33 93. 43010 (90) 17 49 162 95 264 (180)
409 537 626 54 83 731 73 75 80 845 56 82 970 89. 44021
50 158 79 228 330 (90) 81 485 91 504 45 609 66 (90) 68
724 37 71 891 949 53 82 (90). 45032 90 91 129 38 48 75 80
226 314 33 64 506 7 (150) 49 52 73 616 (90) 48 97 746 52 84
(150) 865 944 75. 46068 173 261 67 302 6 (90) 479 578
632 34 (180) 68 745 76 (90) 968 80. 47003 32 42 (120) 67 (200)
98 119 225 46 56 309 (120) 38 73 443 74 85 90 537 50 (90)
90 632 38 747 (150) 53 816 25 28 (150) 69. 48022 (120) 152
58 77 85 88 215 314 36 62 (90) 86 460 516 33 97 600 40 48
856 90 (90). 49020 24 31 48 109 43 201 9 27 315 63 73 95
498 518 52 620 710 29 89 845.
50207 84 94 362 75 91 (90) 417 21 43 69 511 23 50 730
(90) 60 77 85 900 11 57. 51052 65 81 94 (90) 111 58 77 82 83
265 341 62 (150) 90 472 75 503 626 749 81 90 816 20 (90)
26 46 989. 52037 75 139 73 284 (90) 97 304 19 59 67 83
444 70 738 49 44 (90) 54 (90) 80 94 850 917 32. 53035 (90)
53 65 175 214 83 306 51 61 (150) 74 77 451 554 96 650 62
(120) 77 733 (90) 61 (90) 838 947 73 74 80. 54019 62 (90)<br

Großmärkte - Börse.

Berlin, 19. April. Wind: SW. Wetter: regnerisch. Weizen per 1000 Kilo 102—125 M. nach Qualität gefordert, obgleich Anmeld. — bezahlt, defetter Polnischer Markt, ab Bahn, per April 230 Mark bezahlt, per April-Mai 230 Mark bez., per Mai-Juni 220—221 bez., per Juni-Juli 219—220 M. bezahlt, per Juli-August 213—214 M. bez., per September-Oktober 208—209 M. bez. — Gefördert 4000 Bentner — Regulierungspreis 229 Mark. — Foggien per 1000 Kilo loto 149 bis 165 Mark nach Qualität gefordert, inländischer 157—160 Mark ab Bahn bezahlt, exq. do. — M. p. Bahn bezahlt, def. polnischer Markt ab Bahn bezahlt, def. russischer — Markt ab Bahn bezahlt, polnischer und galizischer — Markt ab Bahn bezahlt, per April 156—157 Mark bez., per April-Mai 156—157 Mark bez., per Mai-Juni 154—156 Mark bezahlt, per Juni-Juli 153—154 M. bez., per Juli-August 151—152 Mark bez., per Sept.-Oktober 151—152 Mark bez. Gefördert 19000 Btr. Regulierungspreis 157 M. — Herste per 1000 Kilo loto 129—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loto 125 bis 170 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 127 bis 147 bezahlt, off. und weißrussischer 138 bis 151 bezahlt, pommerischer und Uckermark 130 bis 147 bezahlt, schlesischer 144 bis 158 bezahlt, f. do. 159—162 bezahlt, böhmischer 144—158 bezahlt, f. do. 159—162 M. bezahlt, sein weiß mecklenburgischer ab Bahn bez., per April 133—134 bez., per April-Mai 133—134 bez., per Mai-Juni 134—134 bezahlt, per Juni-Juli 136—134 bez., per Juli-August — bezahlt. Gefördert 25000 Bentner. Regulierungspreis 133 M. — Rüben per 1000 Kilo Kochware 160 bis 200 Mark aufwärts 142 bis 158 Mark. — Mais per 1000 Kilo 145—156 nach Qualität gefordert, bez. April — M.

Berlin, 19. April. Wie gestern an dieser Stelle ausgeführt wurde, erweisen die bedeutenden Kursssteigerungen der letzten Tage einerseits die Neigung zu Realisationen, während andererseits naturgemäß bei so hohem Kursstand nichts die Kauflust etwas abnehmen pflegt. Das Verhalten der heutigen Börse konnte selbstverständlich nicht ohne Einfluss auf die auswärtigen Pläne bleiben, die denn auch durchgehend mit matten Notierungen antworteten. Dem entsprechend schien die Kontakten zu den auswärtigen Chancen zu haben und das um so mehr, als der heutige Verkehr auch wirklich mit herabgesetzten Notierungen eröffnete. Die Tendenzen befestigten sich aber noch in der ersten Hälfte der ersten Börsenkunde und behauptete sich dann auch ferner die zum Durchbruch ge-

Börsen- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 19. April 1882.

Premische Börse. — Gelt.

Contie.

Preus. Konf. Anl. 44 104,80 b

do. neue 1876 4 101,60 b

Staats-Anleihe 4 101,90 b

Staats-Schuldt. 35 99,00 b

Ob. Deichh.-Obl. 46 102,40 b

Berl. Stadt-Obl. 41 95,70 G

do. do. 34

Schloß. b. B. Kfm. 15 108,25 b

do. 4 104,50 G

Brandt. Central 4 101,10 b

Kurz. u. Neumarkt. 34 95,00 b

dr. neue 3 91,10 b

do. 3 101,20 b

do. neue 4 91,00 b

R. Brandtg. Kred. 4 91,00 b

Oppreussische 34 100,50 B

do. 4 100,50 B

Wespr. ritterlich. 34 91,00 b

do. 4 100,60 G

do. L. B. 1 100,50 b

do. II. Serie 4 103,50 b

Reußdtsch. II. Serie 4 100,30 G

do. do. 4 103,70 b

Polenische, neu 4 100,40 G

Sächsische 4 91,00 G

Pommersche 4 100,60 b

do. 4 102,40 b

Schlesische alt. 5 90,75 b

do. alte A. 4

do. neue I. 4

Mentenbriefe:

Kurz. u. Neumarkt. 4 100,70 b

do. 4 100,70 b

do. 4 100,70 b

do. 4 100,75 b

do. 4 100,80 b

do. 4 100,70 b

do. 4 100,90 b

do. 4 16,23 b

do. 500 Gr.

Dollars

Imperials

do. 500 Gr.

Engl. Banknoten

do. einzöß. Leipa.

Fransö. Banknot.

Defferr. Banknot.

do. Silbergoldbil.

Russ. Raten 100% b

Deutsche Börde.

dt. Reichs-Anl. 4 101,25 b

do. 4 144,30 G

Preu. Br. a 40 Th. 4 309,00 b

Bank. Br. A. v. 87. 4 132,60 G

do. 35 fl. Oblig. 4 212,00 G

Bair. Br. A. 4 134,50 b

Braun. A. 20 th. 2 99,00 b

Brum. A. v. 1874 4

ödl. M. & Br. A. 31 128,75 B

Den. St. Pr. A. 34 127,25 b

St. Pr. A. 50 120,50 B

do. II. Rth. 5 118,00 b

Pamb. 50-Dtl. 2 187,90 b

Abbeder. Br.-A. 34 183,50 b

Medell. Eisenbahn. 34 94,25 b

Reininger Loos. 27,30 b

do. Br.-Pfd. 4

Oldenburger Loos. 3 150,00 B

D.G.C.-B.-Pfd. 110 109,00 b

do. do. 4 96,20 B

Öst. Hypoth. unif. 5 103,50 G

do. do. 4 101,90 b

Keim. Hyp.-Pfd. 4 100,75 b

Wadd. Gdfr.-G.-A. 5 100,10 G

Ausländische Kurze.

Amerik. gel. 1881 16 do. do. 1885 6 do. do. 1886 5 do. do. 1887 5 do. do. 1888 5 do. do. 1889 5 do. do. 1890 5 do. do. 1891 5 do. do. 1892 5 do. do. 1893 5 do. do. 1894 5 do. do. 1895 5 do. do. 1896 5 do. do. 1897 5 do. do. 1898 5 do. do. 1899 5 do. do. 1900 5 do. do. 1901 5 do. do. 1902 5 do. do. 1903 5 do. do. 1904 5 do. do. 1905 5 do. do. 1906 5 do. do. 1907 5 do. do. 1908 5 do. do. 1909 5 do. do. 1910 5 do. do. 1911 5 do. do. 1912 5 do. do. 1913 5 do. do. 1914 5 do. do. 1915 5 do. do. 1916 5 do. do. 1917 5 do. do. 1918 5 do. do. 1919 5 do. do. 1920 5 do. do. 1921 5 do. do. 1922 5 do. do. 1923 5 do. do. 1924 5 do. do. 1925 5 do. do. 1926 5 do. do. 1927 5 do. do. 1928 5 do. do. 1929 5 do. do. 1930 5 do. do. 1931 5 do. do. 1932 5 do. do. 1933 5 do. do. 1934 5 do. do. 1935 5 do. do. 1936 5 do. do. 1937 5 do. do. 1938 5 do. do. 1939 5 do. do. 1940 5 do. do. 1941 5 do. do. 1942 5 do. do. 1943 5 do. do. 1944 5 do. do. 1945 5 do. do. 1946 5 do. do. 1947 5 do. do. 1948 5 do. do. 1949 5 do. do. 1950 5 do. do. 1951 5 do. do. 1952 5 do. do. 1953 5 do. do. 1954 5 do. do. 1955 5 do. do. 1956 5 do. do. 1957 5 do. do. 1958 5 do. do. 1959 5 do. do. 1960 5 do. do. 1961 5 do. do. 1962 5 do. do. 1963 5 do. do. 1964 5 do. do. 1965 5 do. do. 1966 5 do. do. 1967 5 do. do. 1968 5 do. do. 1969 5 do. do. 1970 5 do. do. 1971 5 do. do. 1972 5 do. do. 1973 5 do. do. 1974 5 do. do. 1975 5 do. do. 1976 5 do. do. 1977 5 do. do. 1978 5 do. do. 1979 5 do. do. 1980 5 do. do. 1981 5 do. do. 1982 5 do. do. 1983 5 do. do. 1984 5 do. do. 1985 5 do. do. 1986 5 do. do. 1987 5 do. do. 1988 5 do. do. 1989 5 do. do. 1990 5 do. do. 1991 5 do. do. 1992 5 do. do. 1993 5 do. do. 1994 5 do. do. 1995 5 do. do. 1996 5 do. do. 1997 5 do. do. 1998 5 do. do. 1999 5 do. do. 1900 5 do. do. 1901 5 do. do. 1902 5 do. do. 1903 5 do. do. 1904 5 do. do. 1905 5 do. do. 1906 5 do. do. 1907 5 do. do. 1908 5 do. do. 1909 5 do. do. 1910 5 do. do. 1911 5 do. do. 1912 5 do. do. 1913 5 do. do. 1914 5 do. do. 1915 5 do. do. 1916 5 do. do. 1917 5 do. do. 1918 5 do. do. 1919 5 do. do. 1920 5 do. do. 1921 5 do. do. 1922 5 do. do. 1923 5 do. do. 1924 5 do. do. 1925 5 do. do. 1926 5 do. do. 1927 5 do. do. 1928 5 do. do. 1929 5 do. do. 1930 5 do. do. 1931 5 do. do. 1932 5 do. do. 1933 5 do. do. 1934 5 do. do. 1935 5 do. do. 1936 5 do. do. 1937 5 do. do. 1938 5 do. do. 1939 5 do. do. 1940 5 do. do. 1941 5 do. do. 1942 5 do. do. 1943 5 do. do. 1944 5 do. do. 1945 5 do. do. 1946 5 do. do. 1947 5 do. do. 1948 5 do. do. 1949 5 do. do. 1950 5 do. do. 1951 5 do. do. 1952 5 do. do. 1953 5 do. do. 1954 5 do. do. 1955 5 do. do. 1956 5 do. do. 1957 5 do. do. 1958 5 do. do. 1959 5 do. do. 1960 5 do. do. 1961 5 do. do. 1962 5 do. do. 1963 5 do. do. 1964 5 do. do. 1965 5 do. do. 1966 5 do. do. 1967 5 do. do. 1968 5 do. do. 1969 5 do. do. 1970 5 do. do. 1971 5 do. do. 1972 5 do. do. 1973 5 do. do. 1974 5 do. do. 1975 5 do. do. 1976 5 do. do. 1977 5 do. do. 1978 5 do. do. 1979 5 do. do. 1980 5 do. do. 1981 5 do. do. 1982 5 do. do. 1983 5 do. do. 1984 5 do. do. 1985 5 do. do. 1986 5 do. do. 1987 5 do. do. 1988 5 do. do. 1989 5 do. do. 1990 5 do. do. 1991 5 do. do. 1992 5 do. do. 1993 5 do. do. 1994 5 do. do. 1995 5 do. do. 1996 5 do. do. 1997 5 do. do. 1998 5 do. do. 1999 5 do. do. 1900 5 do. do. 1901 5 do. do. 1902 5 do. do. 1903 5 do. do. 1904 5 do. do. 1905 5 do. do. 1906 5 do. do. 1907 5 do. do. 1908 5 do. do. 1909 5 do. do. 1910 5 do. do. 1911 5 do. do. 1912 5 do. do. 1913 5 do. do. 1914 5 do. do. 1915 5 do. do. 1916 5 do. do. 1917 5 do. do. 1918 5 do. do. 1919 5 do. do. 1920 5 do. do. 1921 5 do. do. 1922 5 do. do. 1923 5 do. do. 1924 5 do. do. 1925 5 do. do. 1926 5 do. do. 1927 5 do. do. 1928 5 do. do. 1929 5 do. do. 1930 5 do. do. 1931 5 do. do. 1932 5 do. do. 1933 5 do. do. 1934 5 do. do. 1935 5 do. do. 1936 5 do. do. 1937 5 do. do. 1938 5 do. do. 1939 5 do. do. 1940 5 do. do. 1941 5 do. do. 1942 5 do. do. 1943 5 do. do. 1944 5 do. do. 1945 5 do. do. 1946 5 do. do. 1947 5 do. do. 1948 5 do. do. 1949 5 do. do. 1950 5 do. do. 1951 5 do. do. 1952 5 do. do. 1953 5 do. do. 1954 5 do. do. 1955 5 do. do. 1956 5 do. do. 1957 5 do.